

Gedenkstättenarbeit der bpb. Entwicklungen und Selbstverständnis

Über 75 Jahre nach dem Ende der NS-Herrschaft und über 30 Jahre nach dem Ende der DDR verfügt Deutschland über eine Vielfalt an Gedenkstätten, die zentrale Resonanzräume für die Auseinandersetzung mit Vergangenheit(en) sind und denen eine geradezu »staatstragende« Bedeutung¹ für deutsche sowie mitunter auch internationale Erinnerungskulturen attestiert wird. Die Trägerschaft der Gedenkstätten variiert von Bundesland zu Bundesland und erfährt unterschiedliche Schwerpunktsetzungen. Sie werden stark von der Zivilgesellschaft getragen, von Vereinen, Verbänden, Landkreisen, Kommunen, Ländern und auch in Zusammenarbeit mit dem Bund: Mit der 1999 »im Schlepptau der juristischen und gesellschaftlichen Aufarbeitung der SED-Diktatur«² etablierten, 2008 fortgeschriebenen und sich gegenwärtig im Aktualisierungsprozess befindlichen Gedenkstättenkonzeption ist die Bundespolitik in vormals ungekanntem Maß beteiligt.

Selbstverständlich ist dies nicht, auch wenn der nunmehr gängige Begriff der »Gedenkstättenlandschaft« diesen Schluss nahelegen kann. Dass NS-Gedenkstätten »von der Peripherie in das Zentrum der Geschichtskultur«³ rückten, ist Ergebnis eines jahrelangen gesellschaftlichen Aushandlungsprozesses und musste gegen viele Widerstände erarbeitet und durchgesetzt werden: Noch vor einer Generation fristeten zivilgesellschaftliche Initiativen an vielen der heutigen Gedenk- und Lernorte ein wenig beachtetes Nischendasein. Viele der Orte selbst wurden sehr unterschiedlich genutzt – beispielsweise als Schullandheim oder als Justizvollzugsanstalt. Für manche Orte gilt das heute noch. Zudem gibt es an bestehenden Orten große Unterschiede in der finanziellen, personellen Ausstattung sowie in der (Bildungs-) Arbeit. Eine überwiegende Mehrheit steht derzeit vor der Herausforderung, den sowohl öffentlich wie politisch an sie herangetragenen Erwartungen gerecht zu werden als auch ihren Status quo als Bildungseinrichtungen und zeithistorische Museen mit wissenschaftlichen Standards erhalten zu können. Die personellen und finanziellen Ressourcen hierfür sind, nicht nur aufgrund der finanziellen Folgen der Corona-Pandemie und des russischen Angriffskriegs auf die gesamte Ukraine seit Februar 2022, mitunter knapp.

1983 widmete sich eine Reihe von Gedenkstätteninitiativen in dem von Detlef Garbe herausgegebenen Sammelband »Die vergessenen KZs?« einem



kritischen Resümee der damaligen Situation. Der Versuch, die »historische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus nicht auf die zwölf Jahre der Naziherrschaft zu beschränken«⁴, bietet damals wie heute zahlreiche Potenziale für die politische Bildungsarbeit, lässt sich durch eine Beschäftigung mit »der« Gedenkstätten-geschichte doch aufzeigen, dass die Gegenwart wie auch die Zukunft nicht zwangsläufig oder alternativlos sind, sondern stets das Resultat von Entscheidungen vieler Menschen. Wenn auch in verschiedenem Ausmaß, sind doch sehr viele wirkmächtig beteiligt. Aus dieser Erkenntnis kann eine gesunde Skepsis gegenüber simplifizierenden Meistererzählungen gewonnen werden, auch wenn derlei Kristallisationspunkte der Vergangenheit nicht grundsätzlich instrumentell zu verstehen und bis zu einem gewissen Grad unvermeidbar sind.

So bekommt beispielsweise das mitunter gängige Narrativ, die Gedenkstättenlandschaft sei gänzlich ohne oder gar ausnahmslos gegen staatliches Handeln entstanden, erste Brüche, wenn man genauer auf die Zeit blickt, in der Detlef Garbes Sammelband »Die vergessenen KZs?« entstand. Kurz bevor Garbe und seine Mitstreiterinnen und Mitstreiter die Geschichte des gesellschaftlichen Umgangs mit den Orten ehemaliger Konzentrationslager aus einer aktivistischen Perspektive kritisch resümierten, hatte Ulrike Puvogel, seit Mitte der 1970er-Jahre Mitarbeiterin der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), eine erste Sichtung von Denkmälern und Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus in der Bundesrepublik vorgenommen. Die 1981 publizierten »Bestandsaufnahmen« nahmen »zwischen den Zeilen bereits vieles vorweg, was Aktivist*innen der Gedenkstättenbewegung in den kommenden Jahren anprangern sollten«⁵ und lassen sich eher als detaillierte, sachliche Mängelanzeigen denn als reine Dokumentationen interpretieren.⁶ In den folgenden zwei Jahrzehnten kamen weitere, aktualisierte Dokumentationen hinzu, sowohl für die Gedenkstätten auf

Beim 60. Bundesweiten Gedenkstätten-seminar zum Thema »Gedenkstätten-archiv und -sammlungen: Herausforderungen – Lösungsmöglichkeiten – Praxisbeispiele«, Bad Urach, Juni 2014.

Foto: Stiftung Topographie des Terrors

dem Gebiet der »alten« Bundesrepublik als auch für die »neuen« Bundesländer.⁷ Puvogel versuchte also zu einer Zeit, in der von einer mehr oder weniger flächendeckenden Gedenkstättenlandschaft keinesfalls die Rede sein konnte, genau diese mitsamt ihren Leerstellen zu dokumentieren, zu vernetzen und somit letztlich mit zu konstruieren.

Puvogels »Pionierarbeit«⁸ war keineswegs selbstverständlich. Die bpb war zuvor nicht unbedingt eine federführende Akteurin, die mit Vorbildcharakter die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit vorangetrieben hätte. Grundsätzlich kann man feststellen, dass die Beschäftigung der bpb mit den Themen Nationalsozialismus und Holocaust eher die (verzögerte) Auseinandersetzung und den Umgang mit den Verbrechen des Nationalsozialismus in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft spiegelte. Der bpb ging es zunächst darum, die Bevölkerung zu informieren und aufzuklären, weniger um die explizite Förderung eines kritischen Geschichtsbewusstseins.

In den Aufbaujahren der am 25. November 1952 per Erlass des Bundesministers des Innern Robert Lehr als Bundeszentrale für Heimatdienst aus der Taufe gehobenen bpb nahm dabei – neben dem inhaltlichen Kernbereich: der Information über den neuen demokratischen Staat, seine Werte und Institutionen – bei der Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit das Thema (bürgerlicher und militärischer) Widerstand eine besondere Rolle ein: Als eine der ersten Ausgaben der 1953 ins Leben gerufenen Reihe »Informationen zur politischen Bildung« erschien bereits 1954 das Heft »20. Juli 1944«. Die Ausgabe »Der Nationalsozialismus. Teil I: 1919–1933« erschien 1967, die Teile II »1933–1939« und III »1939–1945« im Jahr darauf. Auch die Schriftenreihe führte früh eine Reihe von Publikationen zum Thema Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Zugleich enthielt das Angebot aber auch Schriften zur Aufklärung und Forschung über den Nationalsozialismus. So wurde in der Schriftenreihe bereits 1953 eine Schrift von Hermann Graml zum 9. November 1938 veröffentlicht. 1955/58 erschien eine von Helmut Krausnick zusammengestellte zweiteilige »Dokumentation zur Massen-Vergasung«, kurze Zeit später – ebenfalls mit dokumentarischem Ansatz – die Bände »Vom Leben, Kampf und Tod im Ghetto Warschau« (1958) und »Lodz, das letzte Ghetto auf polnischem Boden« (1962) von Joseph Wulf.⁹ Die bpb veröffentlichte zudem bereits sehr früh Augenzeugenberichte, etwa die Schrift von Edgar Kupfer-Koberwitz »Als Häftling in Dachau« (1956).

In Reaktion auf die antisemitische Welle 1959/1960, bei der eine Vielzahl antisemitisch motivierter Straftaten wie Schändungen von jüdischen Friedhöfen und Schmierereien verübt worden waren, wurden zudem neue Wege gesucht, um diesen Entwicklungen auch mit historisch-politischen Bildungsangeboten zu begegnen. So veranstaltete die bpb bereits im Jahr 1963 eine erste Studienreise nach Israel – zwei Jahre vor der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel.



Analysiert man die Publikations- und Tätigkeitsberichte der bpb, dann wird jedoch deutlich, dass sich bereits Mitte der 1950er-Jahre ein Paradigmenwechsel in der Innenpolitik vollzog, der sich auch im Wandel der Publikationstätigkeit der Bildungsinstitution niederschlug: Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und Antisemitismus nahm merklich ab – zugunsten einer Schwerpunktsetzung auf den Umgang mit dem Kommunismus als zentraler Herausforderung. Dies blieb bis weit in die 1960er-Jahre hinein das dominante Feld der politischen Bildungsarbeit der bpb: So beschäftigt sich auf dem Höhepunkt des Kalten Kriegs der größte Anteil der Beiträge in der Zeitschrift »Aus Politik und Zeitgeschichte« sowie der geförderten Buchpublikationen im Rechnungsjahr 1962 mit unterschiedlichen Fragestellungen zum Kommunismus.¹⁰

Legt man gar die »Erhebungen über die Tätigkeit der Bundeszentrale für politische Bildung nach Themenbereichen« zugrunde, die eine Übersicht über die Publikationszahlen für den Zeitraum von 1953 bis 1964 bietet, dann übersteigt die Anzahl der Publikationen zur »geistig-politischen Auseinandersetzung mit dem Kommunismus« die der anderen Schwerpunktbereiche teilweise um ein Vielfaches (»Kommunismus«: 106 Titel, »Ordnung von Staat und Gesellschaft«: 52 Titel, »Widerstand gegen Totalitarismus, insb. Widerstand gegen Hitler«: 28 Titel).¹¹

Die 1970er-Jahre waren geprägt von heftigen Auseinandersetzungen über das Selbstverständnis politischer Bildung. Der Konflikt nährte sich insbesondere aus der Frage, ob politische Bildung emanzipatorischen oder eher affirmativen Charakter haben müsse, ob sie systemstabilisierend oder systemverändernd wirken solle. In diesen Zeiten grundlegender Meinungsverschiedenheiten gelang es, auf einer Tagung der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg im Jahr 1976 mit dem »Beutelsbacher Konsens« eine gemeinsame Diskussionsgrundlage zu finden, deren

Besuch der KZ-Gedenkstätte Oberer Kuhberg in Ulm im Rahmen des 60. Bundesweiten Gedenkstättenseminars, Führung durch Dr. Nicola Wenge, Juni 2014.

Foto: Stiftung Topographie des Terrors

Prinzipien – Überwältigungsverbot, Kontroversitätsgebot sowie die Förderung von Lernenden, ihre eigenen Interessen analysieren und vertreten zu können – bis heute in der politischen Bildung Gültigkeit haben. Auch die 1977 verabschiedeten »Leitlinien für die Sacharbeit der Bundeszentrale für politische Bildung« spiegelten diesen Konsens wider. In dieser Zeit kamen thematisch gesehen zudem Fragen der Friedenssicherung sowie der wachsenden Umweltproblematik auf; vor allem aber die Auseinandersetzung mit dem Terrorismus der »Roten Armee Fraktion« bildete einen neuen Schwerpunkt im Aufgabenspektrum. Eine Maßnahme in diesem Zusammenhang war das Aktionsprogramm zur geistig-politischen Auseinandersetzung mit dem Terrorismus und Extremismus, das im Jahr 1975 konzipiert und in den Folgejahren fortgesetzt wurde.¹²

Ab Ende der 1970er, Anfang der 1980er-Jahre setzte im Zuge der Entwicklung der universitären Geschichtsdidaktik und eines »Geschichtsbooms« in der Bundesrepublik eine Auseinandersetzung mit Fragen der Geschichtsvermittlung und des Geschichtsbewusstseins ein. So erschien beispielsweise im Jahr 1980 die Publikation »Der Nationalsozialismus als didaktisches Problem. Beiträge zur Behandlung des NS-Systems und des deutschen Widerstands im Unterricht«. Ein Katalysator der Beschäftigung mit Fragen der didaktischen Aufbereitung war die im Januar 1979 von den Dritten Programmen der ARD ausgestrahlte amerikanische Fernsehserie »Holocaust«. Der Vierteiler über die fiktive Geschichte der Familie Weiss, die in Berlin während der Zeit des Nationalsozialismus lebte, erreichte einen neuen Rekord bei den Einschaltquoten und erschütterte die westdeutsche Öffentlichkeit: Niemals zuvor war einer breiten Öffentlichkeit der nationalsozialistische Terror derart drastisch vor Augen geführt worden. Der Hinweis auf ausführliche Begleitinformationen der bpb, der im Vorspann des Films sowie in der ersten Live-Diskussion über die Serie gegeben wurde, löste eine Flut an Bestellungen aus.¹³

So gingen bis Anfang Februar 1979 rund 50 000 Briefe und Postkarten ein, und 1500 Anrufer meldeten sich am Tag nach der Ausstrahlung der ersten Folge, um telefonisch Begleitmaterial anzufordern. In den Briefen und Anrufen wurde vor allem der Mangel an Wissensvermittlung über den Nationalsozialismus im Unterricht beklagt. 66 Prozent aller Zuschriften kamen von Lehrenden sowie Pädagoginnen und Pädagogen der schulischen und außerschulischen Bildung. Die Serie regte eine bundesweite Debatte zum Thema Nationalsozialismus und Holocaust an und verdeutlichte den Bedarf an Aufklärung über die jüngere deutsche Vergangenheit. Dies ließ auch die Politik nicht unberührt. 1980 wurden Sondermittel zur Finanzierung eines Programms mit dem Titel »Nationalsozialismus–Widerstand–demokratischer Neubeginn« bereitgestellt. Es umfasste Einzelmaßnahmen im audiovisuellen und im publizistischen Bereich sowie im Bereich der schulischen und außerschulischen politischen Bildung. Im Rahmen dieses Programms wurde auch ein Projekt zu Gedenkstätten des Nationalsozialismus angestoßen.

Im Zuge dieses Programms konnten die aufwendig recherchierten Bände »Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus« von Ulrike Puvogel realisiert und damit Anregungen für eine zivilgesellschaftliche Auseinandersetzung mit der Geschichte auf regionaler und lokaler Ebene gegeben werden. Aus diesem Projekt ging das Referat »Gedenkstättenarbeit« der bpb hervor, das heute als »Arbeitsbereich Erinnerungskultur, Antisemitismus und Gedenkstätten« (ABEAG) in der bpb existiert. Durch die Einrichtung des Referates unter der Leitung von Ulrike Puvogel war es möglich, das Thema kontinuierlich zu verfolgen und auch die Entwicklung der Gedenkstätten in den Ländern zu unterstützen.

Auf politischer Ebene war die bpb bereits vorher durch Beratung und Expertengespräche zur Frage der finanziellen Beteiligung des Bundes für Gedenkstätten – also bei den Gesprächen zur Gedenkstättenkonzeption des Bundes – intensiv beteiligt und konnte so Impulse für die Weiterentwicklung der Gedenkstätten geben.

Zudem hat die bpb den institutionellen Aufbau und die Entwicklung sowie die Vernetzung der Gedenkstätten intensiv begleitet. Zentral dafür war und ist die Mitausrichtung von 45 der bislang 66 bundesweiten Gedenkstättenseminare – das 67. findet im Juni 2023 an der KZ-Gedenkstätte Neuengamme in Hamburg statt –, die seit 1983 zum fachlichen Austausch unter den Gedenkstättenmitarbeitenden sowie Beschäftigten aus den Bereichen der historischen und politischen sowie außerschulischen Bildung beigetragen haben.¹⁴

War die bpb nach ihrer Mitausrichtung des »Starts« der Gedenkstättenseminare im Oktober 1983 in den 1980er- und 1990er-Jahren noch in mehr oder weniger regelmäßigen Abständen beteiligt, wurde sie ab dem Jahr 2000 zur dauerhaften Partnerin der bis 2011 zweimal jährlich stattfindenden Kooperationsveranstaltungen, deren inhaltlich nicht ersetzbarer Kern die Ausrichtung mit jährlich wechselnden Partnerinnen und Partnern am historischen Ort ist. Gedenkstättenarbeit, Geschichtsaufarbeitung und Erinnerungskultur wurden von der bpb dabei als grundsätzliche Aufgaben verstanden, mit dem Ziel, den Themenkomplex Erinnerungskultur als breites Thema der historisch-politischen Bildung sowie insbesondere interdisziplinäre Ansätze zu stärken und das historische Lernen zunehmend in den Mittelpunkt gesamtgesellschaftlicher Debatten zu stellen.

Gerade staatlich organisierte politische Bildung sollte sich immer ein hohes Maß an kritischer Selbstreflexion bewahren, um keinesfalls eine affirmative Selbsthistorisierung zu betreiben. Für umfassendere und wissenschaftlich belastbare(re) Thesen zur Genese bundesweiter Netzwerke und gedenkstättenpädagogischer Ansätze seit den 1980er-Jahren sei an dieser Stelle daher auf Ulrike Löfflers aktuell laufendes Forschungsprojekt verwiesen.¹⁵ Als bis heute wirksames Kern- und Anker-element für die Aktivitäten der bpb in der pluralen und dezentralen Gedenkstättenlandschaft lässt sich jedoch auch die Einrichtung des Gedenkstättenreferats außerhalb der bpb bezeichnen: Ab 1983 als hauptamtliche Koordinationsstelle bei der

Aktion Sühnezeichen angesiedelt und im Frühjahr 1993 von der Stiftung Topographie des Terrors übernommen, trägt es – seit 1984 unter Leitung des damals 27-jährigen Thomas Lutz – als zentrale Institution durch Informationsaustausch, nationale wie internationale Vernetzung sowie Weiterbildungsangebote gedenkstättenübergreifend zur Professionalisierung und Profilierung sowie zur Vermittlung der gedenkstätten-spezifischen Anliegen an Politik und Öffentlichkeit bei. Das Gedenkstättenreferat – anfangs noch ein »Ein-Mann-Betrieb« – verkörpert vor allem Thomas Lutz. Er war über Jahrzehnte die zentrale Figur der Gedenkstättenlandschaft und »Motor« der bundesweiten Gedenkstättenseminare. Die Programme, Themen, Orte, die Referierenden und Formate wurden zwischen ihm, den ausrichtenden Gedenkstätten und den jeweiligen Kooperationspartnern – darunter die bpb – in kollegialer und partnerschaftlicher Zusammenarbeit erarbeitet. Auch die organisatorischen und finanziellen Aufgaben wurden zwischen den Partnern verteilt. Bis heute sind die bundesweiten Gedenkstättenseminare für viele ein fester jährlicher Termin im Kalender, sie dienen als Ort der Vernetzung, des Austauschs sowie zur Fortbildung und Professionalisierung der Gedenkstätten seit 1983 bis heute.

Seit 2012 sind Thomas Lutz und seine Kolleginnen und Kollegen zudem federführend an der Ausrichtung der jährlichen Gedenkstättenkonferenzen beteiligt, die sich hauptsächlich an Vertreterinnen und Vertreter der Landesarbeitsgemeinschaften der Gedenkstätten, Erinnerungsorte und -initiativen, die in der Gedenkstättenarbeit engagierten Landeszentralen für politische Bildung sowie an die Arbeitsgemeinschaft KZ-Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland richten und so explizite Vernetzungstreffen zu Fragen aktueller Herausforderungen und Entwicklungen »aller Gedenkstätten für NS-Opfer in Deutschland«¹⁶ bilden.

Der ersten Gedenkstättenkonferenz, die vom 21. bis 23. November 2012 stattfand, ging indes auch eine Standortbestimmung innerhalb der bpb voraus. Die im Rahmen einer Neukonzeption der Gedenkstättenarbeit der bpb ab 2010 identifizierten Herausforderungen – das Ende der unmittelbaren NS-Zeitzeugenschaft, der immer größer werdende Abstand zu den historischen Ereignissen, Migrationsprozesse in Deutschland und in den übrigen europäischen Gesellschaften, die Europäisierung und Internationalisierung von Erinnerungsdebatten, der Umgang mit der SED-Diktatur, Generationswechsel an den Gedenkstätten und der »Siegeszug des Internets« – sowie die gleichzeitig nur begrenzt zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel, hatten zur Folge, dass ab 2012 jeweils nur noch ein Gedenkstättenseminar pro Jahr stattfand.

Daneben traten in der bpb beispielsweise im Juni 2011 eine internationale Konferenz zum Thema »Erinnerungskulturen online« oder ab August 2012 Workshops zu diesem Themenfeld. Zudem wurden im Dialog mit Vertreterinnen und Vertretern kleinerer, zivilgesellschaftlich geführter Einrichtungen Module für die historisch-politische Bildung an diesen Orten entwickelt. Die bpb setzt dabei in den vergangenen Jahren vermehrt auch

auf die europäische und internationale Vernetzung. Zugänge zur Geschichte sind heute vielfältiger, Geschichtsbilder pluraler und damit »demokratischer«. Die Dimensionen des Zweiten Weltkrieges und des Holocaust waren weltweit spürbar und haben ihre Spuren hinterlassen. Die Stärkung lokaler Geschichtsinitiativen und der Austausch zu Forschungs- und Vermittlungsfragen der historisch-politischen Bildung auch aus internationaler Perspektive sind daher weitere wichtige Bausteine des Arbeitsbereiches geworden, was auch in vergangenen Jahren wiederholt in unterschiedlichen Projekten mit deutschen wie internationalen Partnerinnen und Partnern zum Tragen kam: zum Beispiel bei der internationalen Fachtagung »Facing Police and Holocaust« 2019 in Münster; oder im Rahmen der Reihe »Lessons and Legacies of the Holocaust«, die ebenfalls 2019 erstmals in Europa stattfand; und nicht zuletzt bei der Studienreise und Konferenz sowie der anschließenden Publikation und Ausstellung zu neun in Deutschland unbekannteren Orten in Polen, Belarus und in der Ukraine: Chelmno, Bełżec, Sobibór, Treblinka und Majdanek, Maly Trascjanec sowie Babyn Jar, Kamjanez-Podilskyj und Lwiw-Janowska, die mitunter »im Schatten von Auschwitz« stehen.

Jede Generation sucht sich dabei ihren Zugang zur Geschichte. Erinnerung kann nicht an die nächste Generation »verordnet« werden, wie es lange versucht wurde. Aus der Vergangenheit lassen sich nicht zwingend dieselben Orientierungen für unterschiedliche Generationen ableiten. Stattdessen gehören zu einer demokratischen Erinnerungskultur plurale Geschichtsbilder, die in einer Gesellschaft sicht- und hörbar sein sollten. Und da Vergleiche von Gestern und Heute auch die Gefahr von vorschnellen Analogieschlüssen bergen und mitunter im Rahmen von geschichtspolitischer Instrumentalisierung zur vermeintlichen Legitimation von Angriffskriegen genutzt werden, gilt es, die jeweilige Spezifik eines historischen Geschehens nicht aus dem Auge zu verlieren.

Geschichtsnarrative entschlüsseln, Geschichtsbilder re- und dekonstruieren zu können, ist heute angesichts eines Krieges in Europa wichtiger denn je. Die Vermittlung von historischem Wissen kann in der politischen Bildung kein Selbstzweck sein. Sie soll vielmehr in die Lage versetzen, die Welt um uns herum besser zu verstehen und politische wie gesellschaftliche Entwicklungen nicht allein durch das Prisma des Tagesgeschehens zu betrachten. Hier differenzierte Möglichkeiten für die Gedenkstättenarbeit erarbeitet und miteinander in Bezug gesetzt zu haben, ist und bleibt nicht zuletzt auch eines der zentralen Verdienste von Thomas Lutz.

Hanna Liever war von 2009 bis 2021 Referentin im Arbeitsbereich Erinnerungskultur, Antisemitismus und Gedenkstätten der Bundeszentrale für politische Bildung. Heute arbeitet sie bei der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM).

Frederik Schetter ist Referent im Arbeitsbereich Erinnerungskultur, Antisemitismus und Gedenkstätten der Bundeszentrale für politische Bildung.

- 1 Vgl. Verena Haug, Staatstragende Lernorte. Zur gesellschaftlichen Rolle der NS-Gedenkstätten heute, in: Barbara Thimm/Gottfried Kößler/Susanne Ulrich (Hrsg.), Verunsichernde Orte. Selbstverständnis und Weiterbildung in der Gedenkstättenpädagogik, Frankfurt/M. 2010, S. 33–37.
- 2 Volkhard Knigge, Statt einer Einleitung. Jenseits der Erinnerung – Verbrechensgeschichte begreifen, in: Volkhard Knigge (Hrsg.), Jenseits der Erinnerung – Verbrechensgeschichte begreifen, Bonn 2022, S. 9–24, hier S. 9.
- 3 Detlef Garbe, Von der Peripherie in das Zentrum der Geschichtskultur. Tendenzen der Gedenkstättenentwicklung, in: Bernd Faulenbach/Franz-Josef Jelich (Hrsg.): »Asymmetrisch verflochtene Parallelgeschichte?« Die Geschichte der Bundesrepublik und der DDR in Ausstellungen, Museen und Gedenkstätten. Essen 2005, S. 59–84.
- 4 Detlef Garbe (Hrsg.), Die vergessenen KZs? Gedenkstätten für die Opfer des NS-Terrors in der Bundesrepublik, Bornheim-Merten 1983.
- 5 Cornelia Siebeck, Zur Rolle der BPB in der bundesrepublikanischen Gedenkstätten-geschichte, 30. 11. 2020, unveröffentlichtes Manuskript.
- 6 Vgl. Cornelia Siebeck, Zur Rolle der BPB in der bundesrepublikanischen Gedenk-stättengeschichte, 30. 11. 2020, unveröffentlichtes Manuskript.
- 7 Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Gedenkstätten für die Opfer des Natio-nalsozialismus. Eine Dokumentation, Band 1: Baden-Württemberg, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Schleswig-Holstein, 2. überarbeitete und erweiterte Auflage, Bonn 1995 (Autorinnen und Autoren: Ulrike Puvogel, Martin Stankowski unter Mitarbeit von Ursula Graf; Redaktion: Ulrike Puvogel; redaktionelle Mitarbeit: Jutta Klaeren, Heike Rentrop); Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Gedenkstätten für die Opfer des Natio-nalsozialismus. Eine Dokumentation, Bd. 2: Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vor-pommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen, Bonn 1999 (Autorinnen: Stefanie Endlich, Nora Goldenbogen, Beatrix Herlemann, Monika Kahl, Regina Scheer; Kon-zeption, Projektleitung, Redaktion: Ulrike Puvogel; redaktionelle Mitarbeit: Jutta Klaeren).
- 8 Jutta Klaeren/Thomas Lutz, Ulrike Puvogel – Pionierin der Gedenkstättenbewegung. Ein Nachruf, in: GedenkstättenRundbrief 192 (12/2018), S. 50–51.
- 9 Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung, Gesamtverzeichnis der Veröffentlichun-gen 1952–1992, Bonn 1992, S. 13.
- 10 BArch, Koblenz, B 168/2647, Tätigkeitsbericht der Bundeszentrale für Heimatdienst für das Rechnungsjahr 1962, 31. 1. 1963.
- 11 BArch Koblenz, B 168/2631, Erhebungen über die Tätigkeit der Bundeszentrale für politische Bildung nach Themenbereichen, 9. 7. 1965.
- 12 Vgl. BArch Koblenz, B 168/2638, Tätigkeitsbericht der Jahre 1977 und 1978, S. 4.
- 13 Vgl. Christiane Toyka-Seid, Konsolidierung und technischer Fortschritt 1981–1989, 10. 7. 2011, online unter: www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/geschichte-der-bpb/36431/konsolidierung-und-technischer-fortschritt-1981-1989.
- 14 Siehe www.gedenkstaettenforum.de/gedenkstaettenreferat/konferenzen-seminare/bundesweites-gedenkstaettenseminar/vergangene-gedenkstaettenseminare.
- 15 In ihrem Promotionsvorhaben an der Friedrich-Schiller-Universität Jena untersucht Ulrike Löffler Geschichte und Bildungsarbeit bundesdeutscher NS-Gedenkstätten in den 1980er-Jahren, vgl. unter anderem ihre Aufsätze »Zeitgeschichte im Lichte des Wortes Gottes prüfen«. Christliche Bezüge in der Gedenkstättenarbeit der alten Bundesrepublik, in: Religiöse Praxis in Konzentrationslagern und anderen NS-Haft-stätten. Göttingen 2021 (Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfol-gung 2), S. 150–170; sowie »Antifaschistische Erziehung« im Westen. Pädagogische Antworten auf die Entdeckung des jugendlichen Rechtsextremen um 1977, in: Archiv für Sozialgeschichte 63/2023, in Vorbereitung.
- 16 Detlef Garbe, Entwicklung der Gedenkstätten in Deutschland und ihre Vernetzung. Rückblick und Perspektiven, in: GedenkstättenRundbrief 189 (2/2018), S. 11–21, hier S. 15.